

3. Sitzung Arbeitsgruppe Infrastrukturen für die Energiewende vom 27. Juni 2023

In der Sitzung wurden die Hürden für die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung diskutiert.

Die wesentlichen Fragen und Aspekte dabei waren:

- Könnte das Baden-Württembergische Modell einer gemeinschaftlichen, d.h. interkommunalen Wärmeplanung mit gemeinsamer Ausschreibungen als Vorbild für den Zusammenschluss zu Planungs- und Umsetzungsgemeinschaften dienen (sog. Planungskonvois: [Kommunale Wärmeplanung in BW: 104 größte Kommunen müssen 2023 ihren Plan finalisieren / 100 kleinere Gemeinden schon freiwillig aktiv \(kea-bw.de\)](#))? Bislang sind diese in Niedersachsen noch nicht förderfähig. Planungskonvois wären aber insb. für kleinere und nicht zur Wärmeplanung verpflichtete Kommunen interessant.
- Wie kann eine neutrale technische Beratung von Kommunen her- bzw. sichergestellt werden? Könnten bspw. die Beratungsgutscheine für die technische Beratung von Kommunen im Kreis Steinfurt auch auf die Region Nordwest übertragen werden: [Wärmegutschein – WiEfm](#)? Kann das Beratungsangebot der KEAN ausgeweitet werden?
Beispiel/Hinweis: Das Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende der dena in Halle (Saale) stellt seit 2022 Beratungsangebote für Kommunen bereit – allerdings nur für jene, die vom Kohleausstieg unmittelbar betroffen sind.
- Wie kann ein Beratungsangebot auch für lokale Initiativen entstehen bzw. ausgebaut werden?
- Wie soll und kann die Kommunikation mit den Bürger*innen erfolgen und welche Rolle können Kommunen in diesem Zusammenhang einnehmen? Die KfW fördert beispielsweise Energetische Quartierskonzepte, welche die Einbindung der betroffenen Akteure sowie Information und Öffentlichkeitsarbeit explizit adressiert: [Energetische Quartierskonzepte - Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen \(klimaschutz-niedersachsen.de\)](#).
Als gelungenes Beispiel wurde das energetische Quartierskonzept für den Stadtteil Jungfernkopf der Stadt Kassel benannt: [Energetische Quartierskonzepte Jungfernkopf - Auftaktveranstaltung 14.07. - Protokoll \(kassel.de\)](#).
- Die kommunale Wärmeplanung ist als Teil einer umfassenderen Energieplanung zu sehen, da sie auch Auswirkungen auf andere bestehende Infrastrukturen hat. Wie können Lösungen trotz langfristiger Pfadabhängigkeiten entwickelt werden? Welche Auswirkungen hat die kommunale Wärmeplanung auf bestehende Gasnetze, das Stromnetz und eventuell künftig auch in Bezug auf die Einspeisung von Wasserstoff in das Gasnetz?

Besonders intensiv wurde die Frage diskutiert, welche **Rolle Kommunen** für die Umsetzung einnehmen können, wollen und müssen bzw. dürfen:

- Rolle als Betreiber von Wärmenetzen
- Rolle als Gestalter: Wie soll bzw. kann die Akteurslandschaft gestaltet werden bzw. wie sind die Anforderungen an die Akteur*innen zu definieren? Wie könnten entsprechende Ausschreibungen aussehen? Wie stellt man sich als Kommune gegenüber den regionalen Energieversorgern auf?

- Wie können Energiegenossenschaften oder andere private Initiativen unterstützt werden?
- Schaffung von Investitionssicherheit für Bürger*innen und Unternehmen und Sicherung der Daseinsvorsorge bspw. durch Risikobürgschaften, um Investitionen von Genossenschaften abzusichern oder das Risiko beim Ausfall künftiger industrieller Wärmequellen (Stichwort: Müllverbrennungsanlage) abzufedern.
- Bereitstellung von Daten zu Wärmegestehungskosten unterschiedlicher Wärmearten (Fernwärme, kalte Nahwärme) auch in Hinblick auf eine Prüfung der Erfordernisse und Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung für Betreiber.
- Wie können unterschiedliche Betreibermodelle aussehen?

In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, ob bspw. die **Betreiberstruktur in Dänemark zum Ausbau der Fernwärme-Infrastruktur** auf Deutschland übertragen werden könnte: Dänemark hat die höchste Fernwärmenutzung weltweit. In Dänemark betreiben 52 Kommunen Fernwärmekraftwerke und weitere 370 dänischen Fernwärmeunternehmen sind kleinere oder größere Gesellschaften bzw. Privatinitiativen (ähnlich gGmbH).

Die Möglichkeit der **Übertragung der dänischen Betreiberstruktur zum Ausbau der Fernwärme-Infrastruktur auf Deutschland** einer soll im Rahmen der nächsten Sitzung aufgegriffen werden.